



Kantonale Volksabstimmungen vom 9. Juni 2024

Votations cantonales du 9 juin 2024

Votazioni cantonali del 9 giugno 2024

Übersicht / Aperçu / Panoramica

Angenommene Vorlagen sind grün, abgewiesene Vorlagen sind rot und Stimmbeteiligung blau eingefärbt.

Les textes acceptés sont signalés en vert ; les textes rejetés sont signalés en rouge et la participation en bleu.

I oggetti accolti sono indicati in verde; i oggetti rifiutati sono indicati in rosso e la partecipazione in blu.

Änderungen von Kantonsverfassungen / Modifications des constitutions cantonales / Modifiche delle costituzioni cantonali



AG Verfassung des Kantons Aargau (Kurztitel und Klimaparagraf)



Initiative « Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/24 »:

- a) Wollen Sie die Initiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/24» annehmen?
- b) Wollen Sie den Gegenvorschlag der Behörden annehmen?
- c) Stichfrage: Falls sowohl die Initiative als auch der Gegenvorschlag angenommen werden, soll die Initiative oder der Gegenvorschlag in Kraft treten?

Zusammen-
hängend



Acceptez-vous la loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (interdiction des symboles de haine dans les espaces publics) (A 200-13241), du 23 juin 2023 ?



SH Volksinitiative «Für eine lokale, sichere und günstige Energieversorgung (Solarinitiative)»



ZG Verfassungsinitiative für ein sicheres, direktes und durchgehendes Veloverkehrsnetz im Kanton Zug bis 2030 (Zuger Velonetz-Initiative)



ZG

Verfassungsinitiative für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative) und Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative) **Abstimmung für ungültig erklärt**

Obligatorisches oder fakultatives Gesetzesreferendum / Référendum législatif, obligatoire ou facultatif / Referendum legislativo, obbligatorio o facultativo



BL

Änderung des Energiegesetzes vom 19. Oktober 2023



GE

Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur l'accueil préscolaire (LAPr) (Pour permettre aux crèches non subventionnées d'offrir une alternative aux familles) (J 6 28 – 13184), du 23 juin 2023?



GE

Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur la santé (LS) (K 1 03 – 12530), du 1^{er} septembre 2023?



SZ

Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonrates



TI

Modifica del 17 ottobre 2023 della legge sull'Istituto di previdenza del Cantone Ticino del 6 novembre 2012 (LIPCT)



TI

Modifica del 12 dicembre 2023 della legge tributaria del 21 giugno 1994 (LT)



TI

Decreto legislativo concernente lo stanziamento di un credito di 76 milioni di franchi per l'acquisto dell'edificio ex Banca del Gottardo di proprietà di EFG Bank SA e di un credito di 6,44 milioni di franchi per la progettazione della sua ristrutturazione e dell'adeguamento logistico nonché per uno studio di fattibilità e progettazione per gli spazi destinati alla sede provvisoria necessaria per la ristrutturazione del Palazzo di giustizia del 7 febbraio 2024

Gesetzesinitiative / Initiatives législatives / Iniziative legislative



GE

Acceptez-vous l'initiative populaire 189 « Une Vie ici, une Voix ici Renforçons notre démocratie ! »?

Finanzreferendum / Référendum financier / Referendum finanziario



FR

Finanzhilfe des Staates für das Freiburger Spital HFR

Im Detail / Dans le détail / In dettaglio

AG

Verfassung des Kantons Aargau (Kurztitel und Klimaparagraf)



JA (56.87 %)

Stimmbeteiligung

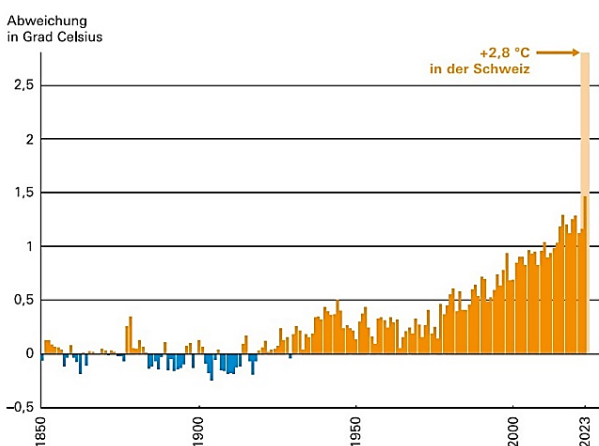
41.69 %

Der Klimawandel beeinflusst verschiedenste Lebensbereiche wie die Gesundheit der Menschen, die Biodiversität, Ökosysteme, etc., negativ. Daher soll der Umweltschutz-Paragraf¹ der Verfassung des Kantons AG² angepasst werden, damit die Umsetzung von kommunalen und kantonalen Klimamassnahmen vereinfacht wird. Zugleich soll mit der Teilrevision der Kantonsverfassung auch der Verfassungstitel mit der amtlichen Kurzbezeichnung «KV» ergänzt werden, da amtliche Kurztitel allgemein üblich sind.

Im jetzigen Art. 42 KV AG werden gewisse umweltrechtliche Aspekte bereits tangiert. Die Bestimmung beinhaltet jedoch keine genaueren Regelungen in Bezug auf den Umgang mit dem Klimawandel. Nach den Erläuterungen zur Abstimmungsvorlage fehle es in erster Linie an konkreten Massnahmen, welche in Hinblick auf die Begrenzung des Klimawandels vorgenommen werden müssen. Das Bedürfnis, weitere Schritte im Bereich des Klimaschutzes zu gehen, ist unter anderem vor dem Hintergrund zu sehen, dass das neue Klima- und Innovationsgesetz des Bundes KIG³ bestimmt⁴, dass der Klimawandel «proaktiv» angegangen werden soll. Mit der angestrebten Teilrevision könne dem gemäss der Mehrheitsmeinung im Grossen Rat sowie der Meinung des Regierungsrates Rechnung getragen werden. Die revidierte Fassung des Klimaparagrafen würde die Kantone und Gemeinden dazu verpflichten, sich mit den Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen und erforderliche Massnahmen, die sich nach den Zielen des Bundes und verbindlicher internationaler Abkommen richten, zu ergreifen.⁵ Ein weiteres Regelungsbedürfnis stelle die aufgrund der nationalen und internationalen Vorgaben erhöhte Nachfrage nach klimafreundlichen Technologien dar. Mit der Teilrevision der Verfassung könne in diesem Zusammenhang die mittel- sowie langfristige Planungs- und Rechtssicherheit gewährleistet werden. Dadurch sollen klare Rahmenbedingungen für einen nachhaltigen Wandel geschaffen und die Standortattraktivität gesichert werden.

Klimamassnahmen dürfen nicht nur vor dem Hintergrund gesehen werden, dass durch sie direkte und indirekte Synergien mit dem Schutz der Biodiversität, der Luftqualität, der Waldbewirtschaftung, etc., geschaffen würden, sondern dass diese auch in einer «sozialen Dimension» Wirkungen entfaltet. Verletzliche Bevölkerungsgruppen wie Kleinkinder, ältere, kranke oder armutsbetroffene Menschen seien vom Klimawandel stärker betroffen als andere. Klimamassnahmen seien daher bereits wegen diesen Bevölkerungsgruppen notwendig. Die mit den Klimamassnahmen verbundenen Kosten würden sich langfristig als «profitabel» erweisen. Wird dem Klimawandel nicht entgegengewirkt, würde im status quo zwar Geld eingespart werden, doch die Folgen der Untätigkeit auf das Klima hätten für die späteren Generationen «immense wirtschaftliche Schäden» zur Folge.

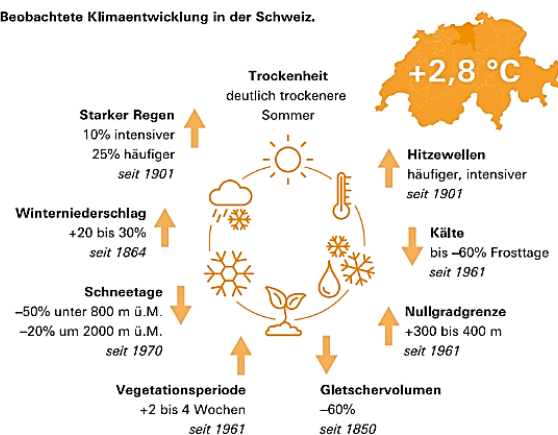
Abweichung der globalen Lufttemperatur vom Durchschnitt der Jahre 1850 bis 1900*



* Die Nulllinie entspricht dem globalen Temperaturdurchschnitt der Jahre 1850 bis 1900.

Quelle: Met Office Hadley Centre, Climate Research Unit; Modell HadCRUT.5.0.2.0; Median der 200 berechneten Zeitreihen (Aufruf 02/2024)

Beobachtete Klimaentwicklung in der Schweiz.



Quelle: Bundesamt für Meteorologie und Klimatologie MeteoSchweiz

¹ Vgl. Art. 42 KV AG.

² Verfassung des Kantons Aargau vom 25.06.1980 (KV AG; SAR 110.000).

³ Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit vom 30.09.2022 (KIG; AS 2023 655).

⁴ S. Medienmitteilung des BAFU vom 18.06.2023: Das neue Bundesgesetz wird voraussichtlich am 01.01.2025 in Kraft gesetzt.

⁵ Vgl. Art. 42a Abs. 1 nKV AG.

Für die *Mehrheit* im *Grossen Rat* und im *Regierungsrat* ist die Verfassungsänderung insofern wünschenswert, als dass dadurch eine wichtige rechtliche Grundlage und eine damit einhergehende Verbindlichkeit für konkrete Klimaschutzmassnahmen geschaffen würde. Dadurch würden das vorausschauende Handeln hinsichtlich des Klimaschutzes gestärkt und generationenübergreifend die nötigen Massnahmen getroffen werden. Der Kanton AG könne damit die Ursachen des Klimawandels gezielt angehen und verbindliche Ziele statuieren. Die klimabedingten Herausforderungen seien nämlich zu komplex, als dass sie über eine vermehrte Eigenverantwortung der Bürger gelöst werden können. Darüber hinaus sieht das neue Klima- und Innovationsgesetz des Bundes vor, dass die Schweiz bis zum Jahre 2050 klimaneutral sein soll.⁶ Daraus ergebe sich eine Pflicht für den Kanton AG, entsprechende Gesetzesgrundlagen zu schaffen. Der Bund könne die Ziele des Klimaschutzes nur erreichen, wenn alle Kantone und Gemeinden ihren Teil dazu beitragen. Andere Kantone seien dem Kanton AG in diesem Bereich voraus, da sie bereits über Klimaparagrafen in ihren Verfassungen verfügen oder eigene Klimagesetze vorsehen. Der Kanton AG sei folglich in Hinblick auf die verfolgten Ziele angehalten, die nötigen Schritte zu unternehmen.

Nach der *Minderheitsmeinung* im *Grossen Rat* ist die Revision des Klimaparagrafen unnötig, da die Verfassung des Kantons AG bereits über einen Umweltschutz-Paragrafen verfüge. Mit einer Verfassungsänderung würden weitere Verordnungen, Regelungen, Verbote und Bürokratie einhergehen. Es sollte jedoch viel mehr an die Eigenverantwortung der Bürger appelliert und nicht mit Verboten, Subventionen oder Vorschriften reagiert werden.

Der *Grosse Rat* empfiehlt, die Änderung der Verfassung des Kantons AG mit 84 Ja- zu 46 Nein- Stimmen (*die aargauische Legislative zählt insgesamt 140 Sitze*) anzunehmen.⁷ Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Teilrevisionen der Kantonsverfassung gemäss Art. 122 Abs. 1 i.V.m. Art. 122 Abs. 2 lit. a KV AG dem obligatorischen Referendum unterstellt sind.

Kleiner interkantonaler Vergleich:

Der Kanton FR sieht bspw. in Art. 15 Abs. 1 KlimG FR⁸ vor, dass jede Direktion des Staatsrats ihre Klimaaufgaben wahrnimmt, indem sie gewährleistet, dass die «*sektorielle und sektorübergreifende Politik*» in ihrem jeweiligen Kompetenzbereich umgesetzt wird. Zugleich werden die Gemeinden angehalten, die jeweiligen Massnahmen für die Erfüllung der Klimaziele in ihren Gemeindeplan aufzunehmen und diesen der Direktion zu unterbreiten.⁹

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

BL



Änderung des Energiegesetzes vom 19. Oktober 2023

JA (54.31 %)

45.02 %

Stimmbeteiligung

Hintergrund der angestrebten Gesetzesrevision ist gemäss der kantonalen Abstimmungserläuterung der Bedarf der **Wirtschaft und Gesellschaft an einer lückenlosen Versorgung mit Energie, welcher mit der Änderung des kantonalen Energiegesetzes¹⁰ gedeckt werden soll. Gemäss dem Regierungsrat sei der Kanton BL bei seiner Energieversorgung in erheblichem Ausmass vom Ausland abhängig. Um dieser Abhängigkeit entgegenzuwirken, wurde das Energiegesetz bereits im Jahr 2016 revidiert. Laut dem Regierungsrat ist es acht Jahre nach der letzten Television an der Zeit, das kantonale Energiegesetz an neue Gegebenheiten anzupassen.**

⁶ Vgl. [Information](#) vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK.

⁷ Vgl. Art. 76 KV AG (*Anzahl Mitglieder des Kantonsrats*).

⁸ Klimagesetz des Kantons FR vom 30.06.2023 (KlimG FR; [SGF 815.1](#)).

⁹ Vgl. Art. 17 Abs. 1 KlimG FR.

¹⁰ Vgl. Energiegesetz des Kantons BL vom 16.06.2016 (EnG BL; [SGS 490](#)).

Mit dem neuen Energiegesetz sollen u.a. die Versorgungssicherheit und Energiespeicherung einen höheren Stellenwert erhalten.¹¹ Weiter sollen die Klimaziele an jene der Bundesgesetzgebung angepasst werden, indem im kantonalen Energiegesetz das Netto-Null-Emissionsziel verankert wird.¹² Erneuerbare Energien sollen gefördert werden, indem ihr Anteil am Gesamtenergieverbrauch angehoben werden soll.¹³ Darüber hinaus soll der Wechsel auf erneuerbare Wärmeerzeuger unterstützt werden, indem die Gemeinden mit Gasverteilnetzen verpflichtet werden sollen, innerhalb von fünf Jahren eine Energieplanung zu erstellen.¹⁴ Dafür stellt der Kanton den Gemeinden Daten und einen Leitfaden zur Verfügung. Den Gemeinden soll unter anderem die Möglichkeit gegeben werden, Konzessionsverträge mit Betreibern von thermischen Netzen abzuschliessen.¹⁵ Diese Kompetenz kam ihnen bis anhin nur bei Strom und Gasverteilnetzen zu. Nichtwohnbauten, sprich Bauten, die der Verwaltung, Schulen etc. dienen, würden schweizweit rund einen Drittel des Energiebedarfs von Gebäuden ausmachen. Daher sollen grössere neue Wohnbauten unter gewissen Voraussetzungen neu von Anfang an mit Einrichtungen zur automatisierten Steuerung von Gebäudetechnikanlagen ausgestattet werden. Des Weiteren sollen die Regeln für die Energiegewinnung aus dem Untergrund präzisiert und an den aktuellen Wissenstand angepasst werden.¹⁶ Besteht ein Interesse der Endkunden, sieht das neue Energiegesetz die Möglichkeit vor, dass der Regierungsrat den Betreibern von Stromverteilnetzen künftig auch Leistungsaufträge für den Zubau von Anlagen zur Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und den Zubau von Anlagen zur Stromspeicherung erteilen kann.¹⁷ Schliesslich soll das Förderprogramm «Baselbieter Energiepaket» ausgeweitet werden.

Laut dem *Regierungsrat* ist eine Anpassung des Energiegesetzes insofern notwendig, als dass eine lückenlose Versorgung mit Energie sowohl für die Gesellschaft als auch für die Wirtschaft essenziell sei. Daher müsse die Energieversorgung in der Schweiz schrittweise umgebaut werden. Von dieser Verpflichtung seien die Kantone nicht ausgenommen, da sie gemäss Bundesverfassung insbesondere für Massnahmen im Gebäudebereich zuständig seien. Er habe in seinem Energieplanungsbericht 2022 bereits aufgezeigt, welche Schwerpunkte und Massnahmen er rund um das Thema Energie auf dem Kantonsgebiet als «*vordringlich*» einstuft. Der *Regierungsrat befürwortet*, dass sowohl der Versorgungssicherheit als auch den Energiespeichern im revidierten kantonalen Energiegesetz ein höherer Stellenwert zugeschrieben werden soll und führt weiter aus, dass es konsequent sei, die Ziele im kantonalen Energiegesetz an jene der Bundesgesetzgebung anzugleichen. Weiter sei ihm wichtig, dass Gemeinden mit Gasverteilnetz in einer räumlichen Energieplanung vorausschauend agierten. Logische Konsequenz dieser Anforderung sei die neue Möglichkeit der Gemeinden, Konzessionsverträge mit Betreibern thermischer Netze abzuschliessen zu können.

Die Anpassung des kantonalen Energiegesetzes sei laut dem *Regierungsrat* auch insofern notwendig, als dass der Kanton BL im interkantonalen Vergleich dadurch ins «*Mittelfeld*» aufschliessen könne. Es dürfe nicht vernachlässigt werden, dass durch die angestrebten Anpassungen Investitionen im Kanton ausgelöst werden würden, was für die regionale Wirtschaft, besonders für die KMU, positiv sei. Alles in allem würde durch die Anpassungen auch die Abhängigkeit vom Ausland in Bezug auf die Stromversorgung abnehmen. Das Risiko von Energiepreisschwankungen würde durch die bessere Energieeffizienz und der erhöhten Energieproduktion «*vor Ort*» gesenkt werden. Das hätte zur Folge, dass die Versorgungssicherheit besser gewährleistet wäre.

Sowohl der *Landrat* als auch der *Regierungsrat* empfehlen die *Annahme* der Änderung. Der Landrat hat dieser mit 50 Ja- zu 31- Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.¹⁸ Da gemäss § 30 lit. b in initio KV BL u.a. Gesetze «*mit gesetzeswesentlichem Inhalt*» dem obligatorischen Referendum unterworfen sind, hat das Stimmvolk über das Zustandekommen der vom Landrat am 19.10.2023 beschlossenen Änderung des EnG zu bestimmen.

Legistische Bemerkung:

Dass der Kanton BL sein kantonales EnG und sogar bereits dessen vom Landrat beschlossene Änderung als von «*gesetzeswesentlichem Inhalt*» betrachtet, liegt nicht nur in der Natur des vorliegend betroffenen Regelungsgegenstandes, sondern zeigt sich bereits daran, dass der Regierungsrat die Energieversorgung – nachvollziehbarerweise – als grundlegend ansieht («*Wirtschaft und Gesellschaft sind auf eine lückenlose Versorgung mit Energie angewiesen*»).¹⁹ Der Kanton weist zudem ausdrücklich darauf hin, dass die vom Landrat gleichzeitig beschlossene

¹¹ Vgl. Art. 1 nEnG BL.

¹² Vgl. Art. 2 Abs. 1^{bis} nEnG BL.

¹³ Vgl. Art. 2 Abs. 2 nEnG BL.

¹⁴ Vgl. Art. 4 Abs. 1 nEnG BL.

¹⁵ Vgl. Art. 34a nEnG BL.

¹⁶ Vgl. Art. 23 nEnG BL.

¹⁷ Vgl. Art. 29 Abs. 1 lit e und f nEnG BL.

¹⁸ Der Landrat des Kantons BL zählt 90 Mitglieder: Vgl. Art. 61 Abs. 2 der Verfassung des Kantons BL vom 17.05.1984 (KV BL; [SGS 100](#)).

¹⁹ Erläuterung zu der Abstimmungsvorlage, S. 5 in initio.

Änderung des Energiedekrets²⁰ sich auf § 10 EnG BL stützt, welche dem Landrat die entsprechende Kompetenz hierzu erteilt und nicht von der vorliegenden Abstimmung mitumfasst ist. § 10 EnG BL ist im Zuge der vorliegend beschlossenen Änderung tatsächlich nicht betroffen. Nach § 63 Abs. 1 KV BL erfasst der Landrat alle grundlegenden und wichtigen Bestimmungen in Form eines Gesetzes, womit der Kanton BL einen dem Art. 164 Abs. 1 BV analogen Gesetzesbegriff kennt. Zum Erlass von Dekreten bedarf der Landrat nach § 63 Abs. 3 Satz 1 KV BL einer ausdrücklichen (*formell-*)gesetzlichen Grundlage; dafür unterliegen Dekrete bereits von Verfassung wegen nicht der Volksabstimmung (§ 63 Abs. 3 Satz 2 KV BL). Insofern sind die Baselbieter Dekrete grundsätzlich – mit Ausnahme des § 31 Abs. 1 lit. d KV BL – nicht referendumsfähig.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Abstimmungsvorlage](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

FR



1. Initiative «Für bürgernahe öffentliche Spitalnotaufnahme 24/24» und Gegenvorschlag

NEIN (62.77 %)

Stimmbeteiligung

42.77 %

2. Gegenvorschlag der Behörden

JA (68.37 %)

Stimmbeteiligung

42.77 %

3. Soll die Initiative oder der Gegenvorschlag angenommen werden?

Gegenvorschlag (67.36 %)

Stimmbeteiligung

42.77 %

Mit der angestrebten Änderung der Kantonsverfassung soll die öffentliche Spitalnotaufnahme in gewissen Teilen des Kantons rund um die Uhr sowie an sieben Tage der Woche geöffnet haben.²¹ Die vom Staat und dem HFR (*Hôpital cantonal de Fribourg*) betriebene Politik in den letzten Jahren habe dazu geführt, dass die medizinische Versorgung der Bevölkerung nicht mehr gewährleistet sei. Die Initiative soll dem entgegenwirken und verlangt zugleich, dass der Staat die bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten vollkommen ausschöpft, um die Notfalldienste garantieren zu können.²²

Die Volksinitiative möchte mit dem Ausbau von Notaufnahmen im Süden, im Zentrum und im deutschsprachigen Teil des Kantons eine vernünftige Abdeckung des Kantons mit Spitalleistungen gewährleisten. Dies sei vor dem Hintergrund zu sehen, dass in den vergangenen Jahren die Spitalleistungen in den Randregionen des Kantons abgebaut wurden und dadurch die Auslastung der Notaufnahme am Standort Fribourg zugenommen hat. Dem soll entgegengewirkt werden, indem das Leistungsangebot für Spitalleistungen in den oben genannten Regionen des Kantons ausgebaut werden soll. Die geschätzten Kosten für medizinisch-technische Ausrüstung und Immobilieninfrastruktur würden sich

²⁰ Dekret zum Energiegesetz vom 26.01.2017 (SGS 490.1); die betreffende Änderung tritt per 01.10.2024 in Kraft.

²¹ Vgl. Art. 68 Abs. 3 nKV FR der Verfassung des Kantons Fribourg vom 16.05.2004 (KV FR; SGF 10.1).

²² Vgl. Art. 68 Abs. 4 nKV FR.

auf CHF 37 Mio. belaufen. Weiter würden dem Staat schätzungsweise CHF 11-13 Mio. aufgrund der Eröffnung regionaler Notfalldienste anfallen.

Laut dem *Initiativkomitee* erforderte früher die technische Entwicklung zwar eine gewisse Zentralisierung der Spitalleistungen, damit eine effiziente und qualitative Behandlung medizinischer Notfälle gewährleistet werden konnte. Es sei jedoch nicht sinnvoll, dass die Patienten der Notaufnahme alle an einen Standort verlagert werden. Dies war unter anderem der Grund, warum es zu einer Überlastung der Spitalleistungen an gewissen Orten des Kantons kam. Es könne in diesem Zusammenhang zunehmend festgestellt werden, dass sich vor allem Deutschsprachige und jene aus dem Süden des Kantons FR vermehrt vom HFR abwenden und sich ausserkantonale behandeln liessen. Dadurch würde das HFR einen beträchtlichen Patientenanteil verlieren, was dazu führe, dass es rote Zahlen schreiben und sodann die Leistungen, die Leistungsqualität sowie die Arbeitsbedingungen darunter leiden würden. Aus diesen Gründen wollen die Initianten an diesen Standorten die Notaufnahmen auszubauen. Damit könne ein bürgernahes Angebot geschaffen werden. Mit den angestrebten Anpassungen würde der Bevölkerung im Kanton FR ein übersichtlicheres und effizienteres Angebot zur Verfügung stehen und damit würde sich die Anzahl der an der Versorgungskette beteiligten Personen reduzieren.²³ Schliesslich sei ein Spital ein *Service public* und kein Unternehmen; folglich habe der Staat diese Dienstleistungen zu unterstützen, um die notwendige Sicherheit zu gewährleisten.

Der *Grossrat* sowie der *Staatsrat* befürworten die gesundheitliche Absicherung der Bevölkerung mit einem flächendeckenden Zugang zu einer Notfallversorgung, sind jedoch der Ansicht, dass deren angestrebten Ziele mit der vorliegenden Initiative nicht erreicht werden können. Die Initiative sei «*im aktuellen Kontext unrealistisch*» und könne den sicheren Zugang zur Notfallversorgung nicht garantieren. Die Gesundheitssicherheit der Bevölkerung hänge nicht von der Nähe zu einem Spital ab, sondern viel mehr von einer leistungsfähigen Rettungs- und Versorgungskette aus mehreren Akteuren des Gesundheitswesens.

Der *Grossrat* sowie der *Staatsrat* haben aufgrund der vorangehenden «*Befürchtungen*» **einen Gegenvorschlag** ausgearbeitet. Mit dem Gegenvorschlag sollen sowohl Verfassung als auch Gesundheitsgesetz²⁴ angepasst werden. Die Massnahmen des Gegenvorschlags wurden zusammen mit Gesundheitsexperten und Grossräten aus verschiedenen Regionen und Fraktionen entwickelt. Mit dem angestrebten Massnahmen des Gegenvorschlags soll ein rascher Zugang zur Versorgung, Sicherheit sowie angemessene Versorgungsqualität sichergestellt werden:

- 1) **Nicht lebensbedrohliche Notfälle:** Der Zugang zur Versorgung bei nicht lebensbedrohlichen Notfällen soll verbessert werden, damit insbesondere die Notaufnahme des HFR entlastet werden könne. Dies soll durch die Errichtung einer einheitlichen Gesundheitsnummer für nicht lebensbedrohliche Notfälle, welche kostenlos rund um die Uhr und sowohl in Deutsch als auch in Französisch erreichbar sein soll²⁵, erreicht werden.
- 2) **Lebensbedrohliche Notfälle:** Ein regelmässiges Bedarfsmonitoring und Anpassung der Ressourcen der Zentrale 144 sollen die Reaktion auf lebensbedrohliche Notfälle stärken.
- 3) **Regionale und sprachliche Gerechtigkeit:** Einsätze in «*Randregionen*» sollen für Patienten nicht teurer sein als Einsätze in der Stadt. Dafür ist eine «*angepasste*» Finanzierung der Ambulanzeinsätze vorgesehen. Auch den sprachlichen Bedürfnissen soll mit dem Gegenvorschlag Rechnung getragen werden, in dem z.B. der Zugang zur Gesundheitsversorgung für die deutschsprachige Bevölkerung verbessert werden soll.²⁶ Sodann soll das Leistungsangebot an den HFR-Standorten Tifers und Meyriez-Murten, insbesondere im ambulanten Bereich, ausgebaut werden.
- 4) **Kantonale Notfallkoordination:** Eine strategische Führung und Organisationskoordination von lebensbedrohlichen und nicht lebensbedrohlichen Notfällen durch die Direktion für Gesundheit und Soziales (GSD) soll die genannten Massnahmen koordinieren.

Der ausgearbeitete Gegenvorschlag würde jährliche Kosten von CHF 7.2 Mio. nach sich ziehen.²⁷

²³ Die Initiative ist dabei vor dem Hintergrund zu sehen, dass jeder Notfall nach einem internationalen Klassifikationssystem bearbeitet wird, wonach Patienten nach deren erfolgreichen medizinischen Stabilisierung in ein höher spezialisiertes Spitalzentrum zu verlegen sind.

²⁴ Gesundheitsgesetz des Kantons FR vom 16.11.1999 (GesG FR; [SGF 821.0.1](#)).

²⁵ Vgl. Art. 107 Abs. 2 nGesG FR.

²⁶ Vgl. Art. 25 Abs. 3 nHFRG des Gesetzes über das Freiburger Spital vom 27.06.2006 (HFRG FR; [SGF 822.0.1](#)).

²⁷ Vgl. [Broschüre Volksabstimmung](#).

Der *Staatsrat* und der *Grosse Rat* empfehlen, die *Initiative abzulehnen* und stattdessen den *Gegenvorschlag anzunehmen*. Im *Grossen Rat* wurde der Gegenvorschlag mit 96 Ja- zu 0 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen *einstimmig befürwortet*.²⁸ Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Volksinitiativen obligatorisch dem Volk zur Abstimmung zu unterbreiten sind.²⁹

2. Finanzhilfe des Staates für das Freiburger Spital HFR

JA (79.64 %)

Stimmbeteiligung

42.45 %

Der *Grosse Rat* des Kantons FR möchte mit seinem Dekret das HFR (*Hôpital cantonal de Fribourg*) bei seinen Investitionen und künftigen Projekten unterstützen. Dadurch sollen eine «gute» Entwicklung des Gesundheitssystems gewährleistet und eine bestmögliche und bürgernahe Versorgung geschaffen werden.

Das vorliegende Dekret sieht vor, dass dem HFR eine Bürgschaft von CHF 105 Mio. für Investitionsvorhaben zwischen 2024-2026 sowie ein zinsloses Darlehen in Höhe von CHF 70 Mio. zur Finanzierung der Projektstudien für den Bau eines neuen Spitalzentrums als Ersatz für das Gebäude am derzeitigen Standort in Freiburg gewährt wird. Dadurch können die Weichen für ein modernes Kantonsspital gestellt werden, welches den Bedürfnissen der Bevölkerung entspreche. Mit einer Bürgschaft soll der bestehende Liquiditätsmangel, welcher durch Kosten, die höher als die durch die Tarife generierten Einnahmen liegen, entschärft werden. Eine Sanierung an den bestehenden Gebäudekomplexen sei nicht optimal, da der aktuelle Standort zu klein und veraltet und daher der Bau eines neuen Spitalzentrums zweckdienlicher sei.

Die Mehrheit im *Grossen Rat* empfiehlt die Annahme des Dekrets mit 99 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 0 Enthaltungen.³⁰ Auch der *Staatsrat* empfiehlt die Annahme der Finanzhilfe. Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Erlasse des *Grossen Rates*, welche eine Nettoausgabe, die 1% der Gesamtausgaben der letzten vom *Grossen Rat* genehmigten Staatsrechnung übersteigt, dem obligatorischen Referendum unterliegen.³¹

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione :

[Broschüre Volksabstimmung](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

GE



1. Acceptez-vous la loi constitutionnelle modifiant la constitution de la République et canton de Genève (Cst-GE) (Interdiction des symboles de haine dans les espaces publics) (A 2 00 – 13241), du 23 juin 2023?

OUI (84.69 %)

Participation

46.08 %

Le *Grand Conseil* souhaite inscrire dans la constitution cantonale la lutte contre les discriminations et la haine ainsi que l'interdiction, dans les espaces publics, de l'exhibition et du port de symboles, d'emblèmes et de tout autre objet de haine, notamment nazi.

²⁸ Der *Grosse Rat* des Kantons FR zählt 110 Mitglieder: Vgl. Art. 95 Abs. 1 KV FR.

²⁹ Vgl. Art. 44 Abs. 1 KV FR.

³⁰ Anzahl der Mitglieder im *Grossen Rat*: Art. 95 Abs. 1 KV FR.

³¹ Vgl. Art. 45 Abs. 1 lit. b KV FR (obligatorisches Referendum).

Aucun article du code pénal suisse ne s'applique aux symboles et aux gestes racistes. Pour être punissables, ces symboles doivent être utilisés dans un but de propagande et dans une idéologie de haine. La Suisse ne punit pas l'utilisation en public de signes tels que la croix gammée, le salut hitlérien ou les symboles du Ku Klux Klan. Le *Grand Conseil* relève que ces symboles apparaissent de plus en plus souvent dans l'espace public, contribuant à les banaliser ainsi que la haine qu'ils représentent.

Le *Grand Conseil* considère que l'idéologie raciste n'est pas une conviction personnelle qui peut être exprimée impunément sur le domaine public. C'est pourquoi, il estime que la constitution cantonale genevoise doit refléter la lutte contre ces symboles de haine, la législation cantonale devant par ailleurs concrétiser cette interdiction en prévoyant toutefois quelques exceptions afin de prendre en compte un contexte à vocation pédagogique (documentaires, expositions, etc.).

Le *Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI.

Pour aller plus loin

En France, la loi interdit de porter un uniforme nazi, d'afficher un drapeau avec une croix gammée hors pour les besoins d'un film, d'un spectacle ou d'une exposition à caractère historique ([art. R645-1 du code pénal](#)). A noter, que cet article n'interdit pas de détenir des objets avec des emblèmes nazis mais de les exposer. La sanction encourue est de 1500 euros d'amende.

En Allemagne, l'utilisation de signes distinctifs du national-socialisme (croix gammée, images d'Hitler ou d'Himmler, des slogans tels que « Alles für Deutschland » ou « Heil Hitler ») est considérée comme une infraction par le code pénal (§ 86 et 86a Strafgesetzbuch). Si ces symboles sont utilisés à des fins scientifiques, d'enseignement, d'éducation civique par exemple, cette utilisation n'est pas punissable.

En Autriche, la loi d'interdiction ([Verbotsgesetz](#)) a été adoptée après la Seconde Guerre mondiale. Cette loi a une valeur constitutionnelle (loi constitutionnelle fédérale) et interdit toute activité se rattachant à l'esprit du national-socialisme. Elle ne contient pas d'interdiction concrète de l'utilisation ou de la diffusion de symboles nationaux-socialistes. Une telle infraction pourrait cependant subsidiairement relever de l'article 3g de cette loi qui prévoit une peine d'emprisonnement d'au moins six mois. L'interdiction de la diffusion de symboles nationaux-socialistes est régie par la loi sur les insignes ([Abzeichengesetz](#)). Concrètement, cette loi fédérale interdit la diffusion, la représentation ou le port public de signes distinctifs, de symboles, d'emblèmes, d'insignes et d'uniformes d'organisations interdites. Le § 1 [Verbotsgesetz](#) décrit les organisations nationales-socialistes comme des organisations interdites. Quiconque enfreint cette interdiction est passible d'une amende pouvant atteindre 4000 euros ou d'une peine d'emprisonnement d'un mois maximum. La loi sur les insignes contient également une disposition d'exception : tant que les idées d'une organisation interdite ne sont pas approuvées ou propagées, certaines formes de représentation sont exclues de l'interdiction.

2. Acceptez-vous l'initiative populaire 189 « Une Vie ici, une Voix ici... Renforçons notre démocratie! »?

NON (60.89 %)

Participation

46.08 %

Cette initiative constitutionnelle demande que les personnes étrangères résidant dans le canton aient, après 8 ans de domicile légal en Suisse, l'ensemble des droits politiques (droit d'être élues, d'élire, de voter et de signer des initiatives et des demandes de référendum) aux niveaux communal (déjà accepté en 2005) et cantonal.

Selon le *comité d'initiative*, en permettant à tous les habitants et habitantes de Genève, résidant depuis 8 ans en Suisse, de se prononcer par la voie des urnes sur des sujets cantonaux, cela renforcerait la démocratie du canton. Pour le *comité*, l'octroi des droits politiques complets à savoir voter, signer des référendums et des initiatives, élire et se

porter candidat est une évidence. Ainsi, les étrangers devraient pouvoir se prononcer sur des affaires publiques qui impactent leur vie dans le canton (les droits politiques au niveau fédéral resteraient toutefois réservés aux citoyens suisses) pour en finir avec une différence de traitement dans le canton entre les étrangers et les citoyens suisses. Accorder ces droits politiques permettrait aussi de faire participer les étrangers qui ne disposent pas du permis d'établissement (permis C) et qui ne peuvent prétendre à une procédure de naturalisation ordinaire.

La *majorité du Grand Conseil* rappelle que les personnes étrangères âgées de 18 ans révolus et ayant leur domicile légal en Suisse depuis 8 ans sont titulaires dans le canton de Genève de droits politiques partiels (droit d'élire, de voter et de signer des initiatives et des demandes de référendum mais sans le droit d'être élues) dans leur commune de résidence. La *majorité du Grand Conseil* considère que les personnes étrangères peuvent toujours demander la nationalité suisse afin de bénéficier de l'ensemble des droits politiques. De surcroît, cette initiative, si elle était acceptée, offrirait la possibilité aux personnes de nationalité étrangère de se présenter aux élections communales et cantonales. Ces droits politiques étendus permettraient d'élire des personnes étrangères au Conseil des Etats à Berne pour représenter Genève à la chambre haute de l'Assemblée fédérale. Or, cette extension des droits politiques ne peut se faire qu'à travers le processus de naturalisation.

Le *Conseil d'Etat* estime que les personnes résidentes étrangères doivent pouvoir bénéficier de la possibilité de se prononcer sur des affaires publiques qui concernent la population du canton. Afin de renforcer la démocratie cantonale, le *Conseil d'Etat* est favorable à cette initiative.

Le *Grand Conseil* recommande de voter NON à cette initiative et le *Conseil d'Etat* et le *comité d'initiative* recommandent de voter OUI.

Pour aller plus loin

Au niveau cantonal, seuls les cantons de Neuchâtel et du Jura accordent le droit de vote aux étrangers (mais pas le droit d'éligibilité) : pour plus de détails, voir [Panorama des droits politiques accordés aux étrangers en Suisse](#). A noter qu'en 2016, [une votation](#) avait été organisée dans le canton de Neuchâtel afin d'étendre le droit d'éligibilité au niveau cantonal. Celle-ci avait été rejetée par les électeurs neuchâtelois à 54.04%.

En 2022, le National avait refusé deux initiatives tendant à accorder [le droit de vote et d'éligibilité aux étrangers](#).

3. Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur l'accueil préscolaire (LAPr) (Pour permettre aux crèches non subventionnées d'offrir une alternative aux familles) (J 6 28 – 13184), du 23 juin 2023 ?

NON (56.94%)

Participation

46.08 %

Cette proposition de modification de la loi sur l'accueil préscolaire impliquerait que les exploitants de structures d'accueil, qui ne sont pas signataires d'une CCT pour le personnel de la petite enfance, seraient désormais uniquement soumis au respect du salaire minimum cantonal.

Selon la *majorité du Grand Conseil*, cette proposition de modification permettrait en particulier aux exploitants de structures privées d'être soumis au respect du salaire minimum cantonal sans être contraints d'appliquer les usages de la petite enfance qui comprennent les conditions essentielles de la CCT du personnel de ce secteur d'activité. Avec cette modification, cela permettrait, selon les arguments présentés, d'alléger les charges en coût du personnel limitant de ce fait tout risque d'augmentation des tarifs pour les familles et de fermeture de structures. Les structures privées pourraient donc librement fixer les salaires du personnel (sous réserve du respect du salaire minimum cantonal) et les conditions de travail.

Pour une *minorité du Grand Conseil*, il n'y a pas lieu d'opposer ainsi les structures publiques et privées mais d'appliquer à l'ensemble du personnel de la branche les mêmes usages sous peine de créer des disparités de situations. Par ailleurs, cela pourrait également engendrer pour le personnel des structures d'accueil privé, à majorité souvent féminine, une perte de protection sociale.

Pour le *Conseil d'Etat*, dans un contexte marqué par la pénurie des places d'accueil, il convient de répondre aux besoins des familles et de développer l'offre tant dans les structures publiques que privées. Le *Conseil d'Etat* considère que cette modification de la loi permettrait aux structures privées de fonctionner et de se développer.

Pour le *comité référendaire*, cette modification entraînerait une dégradation des conditions de travail et d'accueil dans les structures privées. Les usages sont un garde-fou indispensable garantissant à l'ensemble de la profession des conditions de travail correctes. Par ailleurs, la seule référence au respect du salaire minimum cantonal ne rendrait pas cette profession plus attractive et ne permettrait pas de résoudre la pénurie de places.

Le *Grand Conseil* et le *Conseil d'Etat* recommandent de voter OUI et le *comité référendaire* de voter NON.

4. Acceptez-vous la loi modifiant la loi sur la santé (LS) (K 1 03 – 12530), du 1er septembre 2023 ?

NON (76.56 %)

Participation

46.08 %

Cette modification vise la suppression de deux articles : l'un portant sur la commission officielle chargée de surveiller la pratique de l'assistance au suicide, l'autre portant sur l'empêchement pour les établissements médicaux privés et publics (EMPP) et les établissements médicaux-sociaux (EMS) de refuser la tenue d'une assistance au suicide dans leurs locaux quand les conditions légales sont réalisées.

Selon la *majorité du Grand Conseil*, la suppression de la commission de surveillance en matière d'assistance au suicide se justifie par le fait que celle-ci s'est avérée incapable de fonctionner en pratique. En ce qui concerne la suppression de l'article relatif à la pratique de l'assistance au suicide dans les EMPP et les EMS, la *majorité du Grand Conseil* a considéré qu'il n'y avait pas eu de problèmes liés à un refus dans les établissements du canton et, partant, cet article pouvait être supprimé.

La *minorité du Grand Conseil* estime pour sa part que la modification proposée va à l'encontre de la liberté de mourir dans la dignité et du principe d'égalité de traitement. C'est notamment grâce à l'article lié à l'assistance au suicide dans les EMPP et les EMS qu'il n'y a pas eu de problème dans les établissements genevois.

Le *Conseil d'Etat*, quant à lui, s'oppose à cette modification car il n'aurait souhaité que l'abrogation de l'article de la loi liée à la commission de surveillance sans toucher à la disposition concernant l'assistance au suicide.

Enfin, le *comité référendaire* estime que l'existence de l'article sur le suicide assisté est garante du droit de tout individu, capable de discernement « de décider de quelle manière et à quel moment sa vie doit prendre fin ».

Le *Grand Conseil* recommande de voter OUI, le *Conseil d'Etat* et le *comité référendaire* de voter NON.

Pour aller plus loin

Certains cantons romands prévoient des dispositions identiques afin d'empêcher les établissements médicaux de refuser la pratique du suicide assisté au sein de leurs locaux :

- le canton de Neuchâtel : [art. 35a Loi de santé](#) (LS, RSN 800.1)
- le canton de Vaud : [art. 27d Loi sur la santé publique](#) (LSP, RSV 800.01)
- le canton du Valais : [art. 6 Loi sur les soins palliatifs et l'encadrement de la pratique de l'assistance au suicide en institution](#) (LSPASI, RSVS 805.2)

Dans les cantons de suisse alémanique, les dispositions légales s'inscrivent plutôt dans la tendance au respect, par les institutions hospitalières, de l'assistance au suicide :

- le canton de Zurich : [§ 38a Gesundheitsgesetz](#) (GesG, SR 810.1)
- le canton de Bâle-Ville: [§ 16 al. 2 Gesundheitsgesetz](#) (GesG, SG 300.100)
- le canton de Lucerne: [§ 25 al. 2 Gesundheitsgesetz](#) (GesG, SRL 800)
- le canton de Uri: [Art. 3 Gesetz über das Kantonsspital Uri](#) (KSUG, SR 20.3221)

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation /ulteriori informazioni sulla votazione:

[Brochure cantonale](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

SH



Volksinitiative «Für eine lokale, sichere und günstige Energieversorgung (Solarinitiative)»

NEIN (60.61%)

Stimmbeteiligung

67.48 %

Mit der kantonalen Volksinitiative soll im Kanton SH der Zubau von Photovoltaikanlagen erhöht werden. Hierfür soll mit der Verfassungsänderung eine Installationspflicht eingeführt werden (*neuer Art. 84a*). In den vergangenen Jahren wurden im Kanton SH bereits einige gesetzliche Anpassungen zur Förderung der Solarstromproduktion unternommen, die nun durch die Volksinitiative weiter ausgebaut werden sollen.

Gemäss dem Bericht «*Grosse Solarstromanlagen im Kanton SH - Konzept zur Verbesserung der Rahmenbedingungen*» der Energiefachstelle SH aus dem Jahr 2020 liegt ein jährliches Potenzial von 577 GWh an Solarstrom vor. Ein weiterer Bericht wies ein zusätzlich nutzbares Potenzial von 54 GWh pro Jahr auf, welches durch die Bestückung von Infrastrukturanlagen mit Photovoltaikanlagen ausgeschöpft werden könne. Der Kanton SH ist durch das «*Anschlusskonzept zur kantonalen Energiepolitik 2018 bis 2030*» (*kantonale Energiestrategie vom 08.05.2018*) verpflichtet, bis zum Jahr 2035 eine Solarstromproduktion von 100 GWh aufzuweisen. Im Jahr 2021 betrug die Solarstromproduktion aus Photovoltaikanlagen insgesamt 27 GWh. Um die genannten Ziele zu erreichen, wurde in den vergangenen Jahren versucht, die

gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Zubau von Photovoltaikanlagen zu vereinfachen. Das Raumplanungsgesetz³² sowie Baugesetz des Kantons SH³³ sehen bereits vereinfachte Meldeverfahren für den Bau von Photovoltaikanlagen vor, die anstelle eines Baubewilligungsverfahrens zur Anwendung gelangen können.³⁴ Weiter müssen Neubauten gemäss Art. 42a lit. 1^{bis} BauG SH einen Teil ihrer Energie selbst produzieren, um bewilligt zu werden.³⁵ Darüber hinaus soll das bestehende Energiegesetz³⁶ des Kantons SH³⁷ revidiert werden, mit welchem unter anderem auch der Ausbau von erneuerbarer Stromerzeugung gefördert werden soll.

Mit der Initiative soll die Solarstromproduktion weiter ausgebaut werden, indem unter anderem ein Zwang zur Errichtung von Solaranlagen eingeführt würde. Die Energieversorgungsunternehmen sollen dafür die nötigen Netzanschlüsse bereitstellen und eine entsprechend attraktive Einspeisevergütung vorsehen. Weiter «*sollen gesetzliche Vorgaben zur Eignung von Bauten und Anlagen, zur Zumutbarkeit einer Erstellungspflicht, zur minimal zu erbringenden Gesamtleistung der jeweiligen Solaranlagen sowie zu finanziellen Anreizen für die Anpassung bestehender Bauten und Anlagen erstellt werden*».³⁸ Die Volksinitiative sieht Übergangsbestimmungen vor, wonach nach Ablauf einer gewissen Frist keine Bewilligungen mehr für Neubauten und Sanierungen ohne entsprechende Solaranlage erteilt werden dürfen.³⁹ Weiter sieht die Volksinitiative vor, dass Bauten und Anlagen innert zwölf Jahren nach Annahme der Initiative entsprechend mit Solaranlagen auszustatten sind.⁴⁰ In begründeten Fälle soll jedoch eine Fristverlängerung möglich sein.⁴¹

Nach dem *Regierungsrat* und der *Mehrheitsmeinung* im *Kantonsrat* stellen die angestrebten Anpassungen zu einschneidende Massnahmen dar. Die vorgesehen zwölf Jahre, nach welchen die Anlagen und Bauten über entsprechende Solaranlagen verfügen müssen, stelle einen zu starken und damit unverhältnismässigen Eingriff in die Eigentumsгарantie dar.⁴² Die Installationspflicht sei auch in Hinblick auf den Ressourcen- und Materialverbrauch nicht sinnvoll und ein Installationszwang kann in diesem Zusammenhang im Widerspruch zu einem allfälligen Renovationszyklus einer bestehenden Baute resp. Anlage stehen. Weiter seien gewisse Teile der Vorlage zu wenig präzise. So sei die – so der Wortlaut – «*attraktive Einspeisevergütung*» in Art. 84a Abs. 2 nKV in erster Linie subjektiv und variere je nach Materialkosten, Anschlusskosten und Erschliessungskosten, Dacheigenschaften und dem Arbeitsaufwand, was schliesslich in unterschiedlichen Amortisationszeiten resultieren würde. Zudem würde die anfallende Netzverstärkung, die durch die genannten Änderungen notwendig würde, die Strompreise weiter steigen lassen und in erster Linie Bürger treffen, die keine Möglichkeit zur Installation von Solaranlagen haben.

Nach der *Minderheitsmeinung* im *Kantonsrat* sei die Vorlage insofern zu unterstützen, als dass die bisherigen Massnahmen im Energiebereich nicht ausreichen würden, um die Klimaziele zu erreichen. Solaranlagen auf bestehenden Bauten und Anlagen zu errichten, sei ein hohes [Energieerzeugungs-]Potenzial ohne zusätzliche Baumassnahmen inhärent. Die Frist von zwölf Jahren sei ohne Weiteres ausreichend und der Eingriff in die Eigentumsгарantie sei «*nicht zwingend gegeben*». Schliesslich würde die Initiative eine Planungssicherheit schaffen, die die Stromversorgung sichert. Gemäss dem *Initiativekomitee* würde der Kanton SH weniger als die Hälfte des verbrauchten Stromes selbst produzieren. Mit einem Ausbau der Solaranlagen an bestehenden Bauten und Anlagen könnte ihrer Meinung nach jedoch der ganze Jahresverbrauch durch Solarenergie abgedeckt werden. Bestehende Anlagen und Bauten mit Solartechnik auszustatten sei insofern notwendig, als dass es insgesamt 100 Jahre dauern würde, bis der Kanton SH seinen

³² Bundesgesetz über die Raumplanung vom 22.06.1979 (Raumplanungsgesetz, RPG; SR 700).

³³ Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht im Kanton Schaffhausen vom 01.12.1997 (BauG SH; RB 700.100).

³⁴ Vgl. Art. 54 Abs. 4 BauG SH («*blosse*» Meldepflicht für gewisse Solaranlagen).

³⁵ Verordnung über den Energiehaushalt in Gebäuden und Anlagen des Kantons Schaffhausen vom 15.02.2005 (EHV SH; RB 700.401); Vgl. Art. 16a Abs. 5 EHV SH, wonach auch die öffentliche Hand als Bauherr die Eigenstromproduktion zu berücksichtigen hat.

³⁶ Die gesetzliche Grundlagen der kantonalen Anforderungen im Bauwesen stehen im BauG SH sowie in der EHV SH (vgl. «Energiegesetz» SH).

³⁷ Siehe dazu den [Kurzbericht der Energiefachstelle vom 07.09.2023](#) und die [Vernehmlassung zum neuen Energiegesetz](#).

³⁸ Vgl. Art. 84a Abs. 3 lit. a-e nKV SH der Verfassung des Kantons Schaffhausen vom 17.06.2002 (KV SH; RB 101.000).

³⁹ Vgl. Übergangsbestimmung zu Art. 84a Abs. 2 nKV SH.

⁴⁰ Vgl. Übergangsbestimmung zu Art. 84a Abs. 4 nKV SH.

⁴¹ Vgl. Übergangsbestimmung zu Art. 84a Abs. 4 nKV SH.

⁴² Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18.04.1999 (BV; SR 101); Vgl. Art. 26 BV und Art. 12 Abs. 2 KV SH (*Eigentumsгарantie*).

Jahresbedarf mit Solarenergie decken könnte, wenn Solaranlagen nur bei Neubauten installiert würden. Auch in finanzieller Hinsicht seien Photovoltaikanlagen lukrativ. Seit 1980 seien Photovoltaikanlagen einhundert Mal billiger geworden.

Der *Kantonsrat* empfiehlt die Annahme der kantonalen Volksinitiative mit 34 Ja- zu 21 Nein- Stimmen bei 2 Enthaltungen.⁴³ Es kommt zu einer Volksabstimmung, da Verfassungsänderungen einerseits nach Art. 32 Abs. 1 lit. a KV SH und Volksinitiativen andererseits gemäss Art. 32 Abs. 1 lit. d KV SH dem Stimmvolk obligatorisch zur Abstimmung unterbreitet werden müssen.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation /ulteriori informazioni sulla votazione:

[Schaffhauser Abstimmungs-Magazin](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

SZ



Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates

JA (51.88 %)

43.97 %

Stimmbeteiligung

Mit der angestrebten Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates sollen die Handlungsfähigkeit des Kantonsrates in ausserordentlichen Lagen verbessert sowie eine Rechtsgrundlage für den Betrieb von Livestreams zur Übertragung von Kantonsratssitzungen geschaffen werden.

Die Gesetzesänderung ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass in der Covid-19-Pandemie die Kantonsratssitzungen ausserhalb des Kantonsratssaals abgehalten werden mussten, was den damaligen Hygiene- und Abstandsvorschriften geschuldet war. Die Geschäftsordnung des Kantonsrates enthält keine Regelungen, die derartige Ausnahmesituationen vorsehen. Mit der vorliegenden Revision soll es dem Kantonsrat in ausserordentlichen Lagen ermöglicht werden, Massnahmen anordnen zu können, die von der «normalen» Geschäftsordnung abweichen, um die Aufrechterhaltung des Ratbetriebes zu gewährleisten.⁴⁴ Etwaige Massnahmen können bspw. Zugangsbeschränkungen für Besucher oder das Anordnen von verschiedenen Schutzmassnahmen sein.

Die Kontaktbeschränkungen der angesprochenen Covid-19-Pandemie hatte zur Folge, dass die durchgeführten Sitzungen mithilfe eines Livestreams verfolgt werden mussten. Das wurde i.S.e. ausserordentlichen Situation ausnahmsweise toleriert. Laut einer Umfrage fand die Übertragung der Kantonsratssitzung via Livestream bei den verschiedenen Fraktionen Anklang. Es fanden sich vermehrt Stimmen, die auch nach der Rückkehr zur normalen Geschäftsordnung mit Kantonsratssitzungen «*in natura*» einen Livestream für eben diese Sitzungen weiterführen wollten. Die jetzige Geschäftsordnung beinhaltet jedoch keine Rechtsgrundlage für den Betrieb eines Livestreams.⁴⁵ Die Aufnahme des Livestreams als Übertragungsmedium verlangt jedoch gewisse Anpassungen der Ausstattung des Sitzungssaales. Die Kosten würden sich schätzungsweise auf einen einmaligen Installationsbetrag von CHF 80'000.00 und einen jährlichen Unterhalt von CHF 15'000.00 belaufen. Trotz Livestream sollen auch in Zukunft nicht öffentliche Verhandlungen «*hinter geschlossenen Türen*» stattfinden sowie das schriftliche Wortprotokoll weitergeführt werden.

Die *Mehrheitsmeinung* im *Kantonsrat* befürwortet die Gesetzesänderung. Angesichts der Möglichkeit, sich einem Livestream für die Übertragung von Kantonssitzungen zu bedienen, entfielen die Notwendigkeit, physisch an der Verhandlung anwesend zu sein. Damit liessen sich Debatten zeit- und ortsunabhängig verfolgen. Darüber hinaus würde die Arbeit des Kantonsrates für die Bevölkerung transparenter werden.

⁴³ Vgl. Art. 52 Abs. 1 KV SH (*Anzahl Mitglieder des Kantonsrats*).

⁴⁴ Geschäftsordnung des Kantonsrates des Kantons Schwyz vom 17.04.2019 (GOKR SZ; [SR SZ 142.110](#)); vgl. Art. 12 Abs. 1 lit. n nGOKR SZ.

⁴⁵ Neu soll dies in Art. 59 Abs. 1 und 3 nGOKR SZ gesetzlich verankert werden.

Die *Minderheitsmeinung* im *Kantonsrat* sieht eine derartige Ausgestaltung der Kantonsratsitzungen kritisch. Danach würde die Effizienz des Ratsbetriebes abnehmen, «*weil der Livestream zu längeren Voten animiert, die nicht durchwegs den eigentlichen Diskussionsgegenstand zum Inhalt haben, sondern vermehrt auch der Eigendarstellung der Redner dienen*». Mit der angesprochenen Methode der Übertragung würde kein gewinnbringender Nutzen geschaffen werden.

Der *Kantonsrat* empfiehlt die Annahme der Teilrevision der Geschäftsordnung des Kantonsrates mit 52 Ja- zu 38 Nein-Stimmen.⁴⁶ Es kommt zu einer Volksabstimmung, da die Kantonsverfassung vorsieht, dass Gesetzesänderungen dem obligatorischen Referendum unterliegen, wenn weniger als drei Viertel der an der Abstimmung teilnehmenden Kantonsräte und Kantonsrätinnen der Vorlage zugestimmt haben.⁴⁷

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterungen](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

TI



1. Volete accettare la modifica del 17 ottobre 2023 della legge del 6 novembre 2012 sull'Istituto di previdenza del Cantone Ticino (LIPCT)?

Sì (50.50 %)

49.30 %

Partecipazione

L'Istituto di previdenza del Cantone Ticino (IPCT) amministra la previdenza professionale di un gran numero di dipendenti. A causa dell'evoluzione dei parametri tecnici di riferimento (ossia il costante allungamento della speranza di vita e la revisione al ribasso del rendimento atteso a medio-lungo termine del patrimonio), l'IPCT deve ridurre i tassi di conversione. Tali tassi trasformano il capitale di vecchiaia che il singolo assicurato ha accumulato al momento del pensionamento in una rendita annua.

La proposta si concretizza in un aumento dei contributi destinati al risparmio. Secondo il *Gran Consiglio*, questo aumento permetterebbe di mantenere invariato l'obiettivo di rendita del piano previdenziale IPCT.

Altre modifiche di natura più tecnica sono proposti come chiarire meglio la ripartizione delle competenze tra legge cantonale (che determina in particolare i contributi) e regolamento di previdenza (che determina in particolare le prestazioni), come richiesto dalla legge federale sulla previdenza professionale (LPP).

Per i *fattori del « sì »*, la diminuzione del tasso di conversione (fattore che moltiplicato per gli averi di vecchiaia determina la rendita) è necessaria per garantire la stabilità finanziaria dell'IPCT a causa dell'aumento della speranza di vita e della diminuzione delle prospettive di rendimento del patrimonio. Senza le misure di compensazione le rendite di vecchiaia diminuirebbero del 15%. Per i *fattori del « no »*, è ingiusto e ingannevole chiedere ai contribuenti ticinesi oltre 21 milioni di franchi all'anno, in aggiunta ai 500 milioni di franchi da loro già elargiti dal 2012, per aumentare le rendite pensionistiche dei dipendenti statali oltre la loro normale evoluzione. La proposta danneggia anche i comuni affiliati all'IPCT, che potrebbero essere chiamati a provvedere con contributi straordinari e dunque molti cittadini a pagare due volte.

Il *Gran Consiglio* e il *Consiglio di Stato* raccomandano di votare Sì.

Per maggiori informazioni

⁴⁶ Der Kantonsrat des Kantons SZ zählt 100 Mitglieder: Art. 47 Abs. 2 der Verfassung des Kantons Schwyz vom 24.11.2010 (KV SZ; [SRSZ 100.100](#)).

⁴⁷ Vgl. Art. 34 Abs. 2 KV SZ.

Nella sentenza datata 12 marzo 2024 (TF 1C_613/2023), il Tribunale federale ha confermato la decisione adottata lo scorso 17 ottobre dal Parlamento cantonale, respingendo un ricorso presentato contro la clausola di referendabilità obbligatoria. Per i ricorrenti, la decisione dei gran consiglieri di sottoporre le modifiche della Legge sull'Istituto di previdenza del Canton Ticino al referendum finanziario obbligatorio (Rfo) violava i principi stabiliti dalla giurisprudenza del Tribunale federale in materia di spese vincolate e nuove, e dunque i loro diritti politici. I giudici del Tribunale federale ritenevano che « il fatto di sottoporre al voto popolare la soluzione scelta dal Parlamento cantonale non costituisce una violazione dei diritti politici dei cittadini » (c. 7.2). Inoltre, « la portata politica di queste decisioni giustifica la possibilità di concedere al popolo la possibilità di esprimersi al riguardo » (c. 7.3).

2. Volete accettare la modifica del 12 dicembre 2023 della legge tributaria del 21 giugno 1994 (LT)?

SÌ (56.89 %)

Partecipazione

49.32 %

La modifica riguarda la riduzione di tutte le aliquote dell'imposta sul reddito delle persone fisiche, l'aggiornamento dell'imposta di successione e donazione per tenere conto dei nuovi modelli di famiglia, la riduzione dell'imposizione delle prestazioni in capitale della previdenza e infine la riduzione graduale dell'aliquota massima dell'imposta sul reddito.

Secondo il *Consiglio di Stato* fino al 2029 le misure avranno un impatto complessivamente neutro per il Cantone.

Per i *fattori del « sì »*, la riforma permette a tutti i cittadini di evitare di pagare maggiori imposte a seguito dell'aumento del coefficiente d'imposta cantonale. Inoltre, l'attuale impostazione dell'imposta di successione e donazioni non è più rappresentativa della società odierna e dei nuovi modelli di famiglia. Con questa riforma si propone di ridurre le aliquote massime delle nuove figure familiari che sono oggi particolarmente penalizzate, quali ad esempio i concubini e i figli e i nipoti del partner consensuale. Per i *fattori del « no »*, tale modifica peggiorerà ulteriormente la già fragile situazione finanziaria del Cantone a causa di ripetuti sgravi fiscali. Chiedere al ceto medio e alle persone più fragili di fare sacrifici e contemporaneamente proporre inutili regali fiscali a chi guadagna milioni è uno schiaffo alla cittadinanza.

Il *Gran Consiglio* e il *Consiglio di Stato* raccomandano di votare Sì.

3. Volete accettare il decreto legislativo del 7 febbraio 2024 concernente lo stanziamento di un credito di 76'000'000 di franchi per l'acquisto dell'edificio ex Banca del Gottardo di proprietà di EFG Bank SA e di un credito di 6'440'000 franchi per la progettazione della sua ristrutturazione e dell'adeguamento logistico nonché per uno studio di fattibilità e progettazione per gli spazi destinati alla sede provvisoria necessaria per la ristrutturazione del Palazzo di giustizia?

NO (59.47 %)

Partecipazione

49.32 %

L'attuale Palazzo di giustizia a Lugano è stato costruito negli anni sessanta e nel tempo è stato oggetto di manutenzioni e di adeguamenti degli spazi, visto anche l'aumento del personale delle Autorità derivante dai maggiori compiti di legge. La mancanza di spazi ha tuttavia costretto delle Autorità in locazione presso terzi. Il Parlamento ha approvato il principio di un secondo Palazzo di giustizia a Lugano e nel 2019 è stato individuato un edificio idoneo a tale scopo: lo stabile ex Banca del Gottardo.

Il *Gran Consiglio* ha approvato il credito per acquisire l'edificio da destinare al secondo Palazzo di giustizia. Il nuovo Palazzo di giustizia accoglierà in particolare il Tribunale di appello, la Pretura civile, la nuova Pretura di protezione (oggi Autorità di protezione), l'Ufficio del Giudice dei provvedimenti coercitivi e altre Autorità amministrative (esecuzione, fallimenti, registro fondiario, ecc.).

Per i *fattori del « sì »*, l'acquisto dell'edificio ex Banca del Gottardo soddisferebbe alle necessità di una Giustizia dignitosa, in favore della cittadinanza tutta che ne frequenta ogni giorno gli stabili e per le future generazioni. L'attuale

Palazzo di giustizia dovrà in ogni caso essere ristrutturato. Senza l'acquisto dello stabile ex Banca del Gottardo i costi per lo Stato saranno superiori, poiché occorrerebbe liberare l'attuale Palazzo di giustizia e disseminare le Autorità in edifici in locazione con importanti costi di trasloco, adeguamento spazi e locazioni, per i prossimi 10-15 anni, senza considerare le conseguenti inefficienze che rischiano di compromettere il buon funzionamento della Giustizia. Per i *fattori del « no »*, sarebbe inopportuno acquisire l'edificio ex Banca del Gottardo. L'acquisto significa spendere per un secondo Palazzo di giustizia almeno 140 milioni di franchi (acquisto e ristrutturazione) prima di aver ristrutturato quello attuale in un momento in cui si chiedono sacrifici ai cittadini. In un periodo in cui chiediamo a cittadine e cittadini di essere responsabili e di "tirare la cinghia" non è possibile giocare con le finanze pubbliche, neanche se si tratta di investimenti generazionali e a favore del terzo potere dello Stato.

Il *Gran Consiglio* e il *Consiglio di Stato* raccomandano di votare Sì.



Edificio ex Banca del Gottardo

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Opuscolo informativo](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)

ZG



1. Verfassungsinitiative für ein sicheres, direktes und durchgehendes Veloverkehrsnetz im Kanton Zug bis 2030 (Zuger Velonetz-Initiative)

NEIN (59.54 %)

Stimmbeteiligung

52.00 %

Die vom VCS, dem Verein «Pro Velo Zug» und den «Alternativen – die Grünen» verfasste Verfassungsinitiative⁴⁸ in Form der allgemeinen Anregung verlangt die Realisierung eines kantonsweiten, umfassenden Veloverkehrsnetzes bis zum Jahr 2030. Der Veloverkehr soll hierzu «möglichst» vom motorisierten Individualverkehr und dem Fussgängerbereichen getrennt und allgemein gefördert werden.

In seinen Erläuterungen führt der *Regierungsrat* aus, dass das per 01.01.2023 in Kraft getretene Veloweggesetz des Bundes⁴⁹ neuerdings explizit die Kantone in die Planungspflicht⁵⁰ über Velowegnetze nimmt und die zuständigen Behörden u.a. für deren Anlage zu sorgen haben.⁵¹ Bereits seit 2004 sei das kantonale Velonetz auch im [kantonalen Richtplan](#) festgelegt, zuletzt erneut in der im Juni 2023 beschlossenen Richtplananpassung.

⁴⁸ § 79 Abs. 2 Satz 2 der Verfassung des Kantons Zug [KV ZG] vom 31.01.1894 (BGS 111.1).

⁴⁹ Bundesgesetz über die Velowege vom 18.03.2022 (Veloweggesetz; SR 705).

⁵⁰ Vgl. Art. 5 Veloweggesetz.

⁵¹ Vgl. Art. 8 Veloweggesetz.

Nach *Ansicht* des *Kantonsrates* und des *Regierungsrates* betreibe der Kanton bereits seit Jahren eine aktive Velopolitik. Der kantonale Richtplan sowie das Velogesetz des Bundes verankern bereits sieben der acht Anregungspunkte der Initiative. Einzig das dritte Anliegen der Anregung, welches eine physisch getrennte (Velo-)Spur für die «*Hauptveloverkehrsachse*» entlang von Hauptstrassen verlangt, wäre neu; allerdings sei es «*in seiner Absolutheit*» nicht umsetzbar. Die Anregungen der Initiative gingen über das hinaus, was in eine Verfassung gehört (sog. *materielle Verfassung*).⁵² Auch die Umsetzung der vorliegenden Initiative sei unverhältnismässig, da es infolge ihrer Form im Falle ihrer Annahme zusätzliche «*Umsetzungsarbeiten und im Minimum einen weiteren Volksentscheid*» braucht, obschon die meisten Initiativbegehren bereits auf bundesrechtlicher und kantonaler Ebene geregelt seien.

Das *Initiativkomitee* bringt vor, dass das Fahrrad als «*flächeneffizientes und günstiges Fahrzeug*» stärker gefördert werden müsse. Getrennte Velowege würden einen «*wichtigen Beitrag*» zur Verkehrssicherheit der Velofahrenden gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern bieten. Abschliessend listet das Komitee allgemeine Vorteile des Fahrradfahrens auf.

Der *Kantonsrat* hat sich in der Schlussabstimmung mit 49 Nein- zu 25 Ja-Stimmen *gegen* die *Velonetz-Initiative* ausgesprochen. Sowohl der *Kantonsrat* als auch der *Regierungsrat* empfehlen dem Stimmvolk, die Initiative *abzulehnen*. Da jede Verfassungsrevision im Kanton ZG gemäss § 79 Abs. 3 KV ZG dem obligatorischen Referendum unterliegt und die vorliegende Initiative den Entwurf einer konkreten Teilrevision der Kantonsverfassung verlangt, untersteht der vom Kantonsrat im Nachgang zu einer allfälligen Annahme der Initiative verabschiedete Entwurf in jedem Fall einer neuerlichen Volksabstimmung.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterung des Regierungsrates](#)

2. Verfassungsinitiative für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative) Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative für die Offenlegung der Politikfinanzierung (Stichfrage)

Abstimmung für ungültig erklärt!

Die Verfassungsinitiative in Form eines ausgearbeiteten Entwurfs (*Volksinitiative auf Änderung der Verfassung*) fordert die Einführung einer detaillierten Regelung in die KV ZG (§ 29a) betreffend die Transparenz der Politikfinanzierung. Alle Personen oder Organisationen – das bedeutet insbesondere die politischen Parteien –, welche sich auf kantonaler *oder* kommunaler Ebene an Urnenwahlen oder -abstimmungen beteiligen, sollen grundsätzlich ihre Finanzen offenlegen müssen. Die insgesamt acht Absätze des zur Abstimmung stehenden Paragraphen sind zum *Gross*-teil bereits sehr dicht formuliert. Mit der Verfassungsänderung soll der Zuger Gesetzgeber zugleich verpflichtet werden, die Einzelheiten noch weiter auf formellgesetzlicher Stufe zu regeln. Die Legislative und die Exekutive stehen dem Anliegen offen gegenüber, haben der Initiative aber einen deutlich schlanker formulierten Vorschlag gegenübergestellt.

Auf Bundesebene wurden 2022 Bestimmungen betreffend die Transparenz bei der Politikfinanzierung erstmals eingeführt (*siehe Kästchen unten*). Verschiedene kantonale Erlasse sehen gemäss der Abstimmungserläuterung aber bereits Offenlegungspflichten hinsichtlich Interessenbindungen von gewählten Mandatsträgern vor.⁵³ Gesetzliche Ausstandspflichten würden demselben Zweck dienen. Eben solche Regeln würden auch auf kommunaler Ebene bereits existieren.⁵⁴

⁵² Vgl. statt vieler: AUER A., Staatsrecht der schweizerischen Kantone, Bern 2016, Rz. 492 ff. und HÄFELIN U./HALLER W./KELLER H./THURNHERR D., Schweizerisches Bundesstaatsrecht, 10. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2020, Rz. 17.

⁵³ Grundlegend: § 21 Abs. 2 ff. KV ZG.

⁵⁴ Bspw. § 15 der Gemeindeordnung vom 01.02.2005 der Stadt Zug (SRS 1.1-1).

Transparenz-Initiative:

Für das Begehren bringt das *Initiativkomitee* vor, dass in keinem anderen Land das Volk so oft abstimmen könne, wie in der Schweiz, was ein Privileg sei. Da Transparenz für eine funktionierende Demokratie wichtig ist, sollen die Stimmberechtigten nach der Ansicht des Komitees Kenntnis darüber haben, «über wie viel Geld die Parteien verfügen und woher dieses kommt». Das Stimmvolk wünsche sich mehr Transparenz in der Politik, was mehrere ausserkantonale Umfragen ergeben hätten. Die Eidgenossenschaft hat solche Regeln 2022 in Kraft gesetzt, jetzt sei es Zeit, dass der Kanton ZG «diesen wichtigen Schritt» gehe, denn würden Politiker grosse Summen eines Privaten annehmen, könne ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis entstehen. Dies soll sichtbar gemacht werden. Ein Verbot sieht die Initiative aber nicht vor, lediglich die Offenlegung von Grossspenden.

Anmerkung:

Ein Blick in den ausgearbeiteten Entwurf des § 29a nKV ZG zeigt, dass Spenden bis zu CHF 1'000.00 von juristischen Personen bzw. von bis zu CHF 5'000.00 von natürlichen Personen innert eines Kalenderjahres von der Offenlegungspflicht ausgenommen sein sollen. Daher ist a contrario davon auszugehen, dass über diesen Beträgen bereits von einer Grossspende oder zumindest nicht mehr von einem kleinen, insignifikanten Betrag im Sinne des Entwurfs gesprochen werden kann.

Der *Kantons- und der Regierungsrat* bringen gegen die Initiative wiederum vor, dass die Verfassung die Grundzüge der Staatsordnung festlegt und deswegen nicht mit «inhaltlichen Detailbestimmungen überladen werden» soll,⁵⁵ die Transparenz-Initiative gehe aber weit darüber hinaus. Dies bedeute, dass auch blosser Änderungen der Grenzbeträge bspw. auf dem – komplizierteren – Wege der Verfassungsgebung und damit via Volksabstimmung umzusetzen wären. Zudem enthalte der ausgearbeitete Entwurf «Ungereimtheiten». Es werde nicht nur die Offenlegung der Geldherkunft, sondern der Finanzen schlechthin gefordert. Was genau alles damit gemeint sein soll, sei unklar. Die unterschiedlichen Schwellenwerte bezeichnen Legislative und Exekutive als «fragwürdig». Bei den Betroffenen wie auch beim Kanton und den Gemeinden würde die Initiative im Falle ihrer Annahme zu unverhältnismässig hohem administrativen Aufwand führen.

Gegenvorschlag:

Kantons- und Regierungsrat «erkennen das erhöhte Bedürfnis der Bevölkerung nach Transparenz bei den kantonalen Wahlen und Abstimmungen und bezüglich Parteifinanzierung an» und erachten diese ebenso als wichtig für die Demokratie. Der Gegenvorschlag soll dieses Anliegen aufnehmen, aber es im Gegensatz zur ausformulierten Initiative nicht – auf Verfassungsstufe – im Detail regeln. Der § 29a nKV ZG des Gegenvorschlages sei «schlank, aber dennoch griffig und enthält alle zentralen Elemente der Initiative», lasse aber mehr Spielraum hinsichtlich Voraussetzungen und Details, welche dann «später auf Gesetzesstufe geregelt werden können». Der Gegenvorschlag sei (aufwandsbezogen) verhältnismässig und beständig, gerade Frankenbeträge würden nicht in die Verfassung, sondern ins Gesetz gehören.

Nach dem *Initiativkomitee* wiederum sei der Gegenvorschlag «schwammig und nebulös», dieser wäre ein «Ablenkungsmanöver». Der Kantonsrat habe sich bereits früher gegen Transparenzregelungen «gewehrt». Würden diese, wie von der Initiative gefordert, in der Verfassung verankert, würde das Volk über die Grenzwerte entscheiden, im Gegenvorschlag würde dies auf dem Wege der Gesetzgebung erfolgen, womit die «Politiker selbst» über die Schwellenwerte entscheiden würden. Im Allgemeinen geht der Gegenvorschlag dem *Initiativkomitee* gerade wegen dem fehlenden Detailgrad bzw. aus den vorgenannten Gründen nicht weit genug. Im Speziellen bringt er vor, dass die kommunale Ebene beim Gegenvorschlag unsinnigerweise «völlig ausgeklammert» werde. Es brauche eine einheitliche Regelung, da Gemeindewahlen am gleichen Tag wie die kantonalen Erneuerungswahlen stattfinden und die Parteien gemeinsam Kampagnen führen.

Der *Kantonsrat* hat die *Transparenz-Initiative* mit 55 Nein- zu 19 Ja-Stimmen *abgelehnt* und den *Gegenvorschlag* mit 52 Ja- zu 20 Nein-Stimmen *befürwortet*. Da jede Verfassungsrevision im Kanton ZG gemäss § 79 Abs. 3 KV ZG dem obligatorischen Referendum unterliegt, hat das Stimmvolk über Initiative und Gegenvorschlag endgültig zu bestimmen.

⁵⁵ Damit nehmen sie Bezug auf den Begriff der materiellen Verfassung (vgl. Fn. 56).

Das Thema Politikfinanzierung auf Bundesebene:

Im Jahr 2017 wurde die *Eidgenössische Volksinitiative «Für mehr Transparenz in der Politikfinanzierung (Transparenz-Initiative)»* eingereicht. Sie wurde allerdings zurückgezogen, nachdem das Parlament am 18.06.2021 einen indirekten Gegenvorschlag verabschiedet hatte. Die neuen Vorschriften über die Offenlegung der Finanzierung von politischen Parteien sowie von Wahl- und Abstimmungskampagnen sind im per 23.10.2022 in Kraft getretenen **Titel 5b** des **Bundesgesetzes über die politischen Rechte** vom 17.12.1976 (BPR; [SR 161.1](#)) **geregelt**. Diese Neuregelung trat zeitgleich mit der **Verordnung über die Transparenz bei der Politikfinanzierung** vom 24.08.2022 (VPofI; [SR 161.18](#)) in Kraft und kam bei den eidgenössischen Parlamentswahlen 2023 erstmals zur Anwendung.

Die neuen Bestimmungen betreffen zum einen die Finanzierung von Wahl- und Abstimmungskampagnen und zum anderen die Finanzierung der politischen Parteien. Die an der Bundesversammlung vertretenen Parteien müssen alle Einnahmen sowie monetären und nichtmonetären Zuwendungen (*Legaldefinitionen in Art. 2 VPofI*) offenlegen, sofern sie einen Wert von CHF 15'000.00 pro Person übersteigen (*vgl. Art. 5 und 10 VPofI*). Dabei müssen auch die Beiträge der einzelnen Mandatsträger veröffentlicht werden. Ausserdem ist offenzulegen, von wem die Zuwendung stammt. Bei Nationalratswahlen und Abstimmungen müssen die Kampagnenleiter die Finanzierung ihrer Aktivitäten vor der Abstimmung offenlegen, wenn sie für ihre Kampagnen mehr als CHF 50'000.00 budgetiert haben. Sie sind ausserdem verpflichtet, eine Schlussrechnung bekanntzugeben, aus welcher alle Einnahmen sowie jede Zuwendung von mehr als CHF 15'000.00 pro Person und Kampagne hervorgeht. Die Annahme von anonymen Zuwendungen sowie von Zuwendungen aus dem Ausland (*mit Ausnahme der Zuwendungen von Auslandschweizern sowie für Ständeratswahlen*) sind verboten.

Für weitergehende Informationen über die Abstimmung / Pour plus d'informations touchant la votation / Per ulteriori informazioni sulla votazione:

[Abstimmungserläuterung des Regierungsrates](#)

[Zurück zur Übersicht / Retour à l'aperçu / Ritorno alla panoramica](#)